

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 31

Charlottenburg, Freitag, den 31. Juli 1908

Jahrg. 35



Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Cortendorf. Dresden (Brammler & Co.). Höhr. Lauf. Mannheim. Reichenbach (Schwabe). Stokheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrintal (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Gräfenroda (Seene, Eckert & Menz). Königszelt. Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Hutschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Altrohlau (Gottl und Lorenz). Brünn. Fischern (Rudolf Gottl). Hohenstein (Bloch). Linz a. Donau. Mertelsgrün. Prag (für Industrie- und Figuren-Maler).

Ausspannen!

Das Wort „Ferien“ ist zur Zeit ein erlösendes und befreiendes Zauberwort für hunderttausende unserer Kinder, die in diesen Tagen dem Staub und der Hitze der Schulsäle entfliehen, um sich im prächtigen Sommer der Jugend goldener Tage sorglos und mit Vollgenuß zu erfreuen, um in Feld und Wald frei von jedem Zwang umher zu tummeln, frische Luft einzuatmen, damit sie neu gestärkt und gekräftigt an ihre Arbeit zurück kehren. Doch nicht nur die Jugend hat sich dem Zauber der Freiheit hingegeben. — Ferienstimmung ist überall. Die einförmige, einen um den anderen Tag gleiche Berufsarbeit in finstern Gassen engen Stuben, dumpfen Kontoren und dunstigen, mit Gasen und Gift geschwängerten Werkstätten und Fabriken bringt eine heiße Sehnsucht nach einer zeitweiligen Unterbrechung dieses Alltagsstrebens und zugleich nach dem ewig erfrischenden Hauch der Natur. Der Landmann verlangt nach keinen Ferien, denn der lange Winter legt Arbeitspausen genug zwischen die Arbeit und die Beschäftigung in freier Natur zwischen Feld und Wald gibt keine Veranlassung dazu, daß man zur Erholung die Natur aufsucht.

Je größer aber die Städte sind, je mehr das Geschäfts- und Berufsleben den Menschen in den Bann tagtäglicher einförmiger Arbeit hinein gezwängt hat, umso heißer wird die Sehnsucht nach Freiheit vom Arbeitszwange, nach einem Dasein außer und über der Arbeit, nach Wechsel, nach Landschaft, nach Wald, Hochgebirge und Meer. Und das Verkehrsleben, erfinderischer Erwerbsbetrieb, staatliche Einrichtungen und die mächtige Volkssitte verstehen diese Sehnsucht, kommen ihr entgegen und lassen alljährlich zu bestimmten Zeiten die Ferienbewegung sich auslösen.

Die bürgerlichen Zeitungen sind zur Zeit wieder voll von verlockenden Anzeigen der Bade- und Luftkurorte; Sonderzüge an die See und ins Gebirge werden veranstaltet und für Tausende ist das Gesprächsthema, der Hauptgegenstand ihrer Gedanken der bevor stehende Ferienaufenthalt. „Ausspannen, ausspannen muß der Mensch“, das ist die große Lebensregel, die einem zu dieser Jahreszeit auf Schritt und Tritt gepredigt wird, wenn man sich in bürgerlichen Kreisen bewegt oder ihnen angehört!

Aber wie viele von denen, die dies Wort jetzt bei jeder Gelegenheit im Munde führen, denken daran, es auf alle Mitmenschen anzuwenden. Diejenigen, die infolge ihrer Tätigkeit

am meisten das physische Bedürfnis haben, einmal eine Pause in ihrer einförmigen Arbeit eintreten zu lassen, sind fast vollständig von der Wohltat der Erholung und Bewegung im Freien ausgeschlossen. Fast noch die ganzen Arbeitermassen der Nation wissen von Ferien überhaupt nichts, kennen den Stillstand der Tretnmühle nur am Sonntag und oft da nicht einmal. Sie schaffen Tag um Tag, Sommer und Winter, sowohl auf hohem Baugerüst, als tief unten im Kohlschacht in staubigen Werkstätten und mit verpesteter Luft angefüllten Fabriken, vor glühenden Hochöfen wie in Eiswerken. Sie sind angestrengt im Dienste derer tätig, die Ferien in vollen Zügen genießen können, für sie selber ist die Natur aber nicht da, keine luftigen Höhen, keine kühlen Bäder erfrischen die müden Lebensgeister, stärken die von der Fron der täglichen Arbeit abgerackerten Glieder.

Ein Aussehen von der Arbeit gibt es nur, wenn das gefürchtete Gespenst Arbeitslosigkeit oder Krankheit seine Fingarme ausstreckt, um die Geplagten noch tiefer nieder zu drücken, als es die Arbeit im Dienste des Kapitals vermocht hat. Wie gerne würden die Arbeiter auch einmal ohne das nieder drückende Bewußtsein feiern, daß damit nicht auch der Verlust des karglichen Arbeitsverdienstes verbunden ist und Sorge und Not eintreten. Die Furcht vor dem Hunger, vor der Existenzlosigkeit treibt sie ohne Rast an ihre Geschäfte, die eine wirkliche Erholung nicht zulassen. Die Sehnsucht nach Erholung, nach Ausspannung wohnt dem Arbeiter ebenso inne, wie dem Fabrikherrn, Unternehmer und Beamten, und gerne würde er Ferien nehmen, wenn sie ihm gewährt würden.

Doch bis jetzt haben sich die Arbeiter ihren Anteil an diesem Kulturfortschritt noch nicht erringen können. Sie hatten wichtigere und vor allem dringendere Aufgaben zu vollbringen.

Die Frage eines halbwegs auskömmlichen Lohns und namentlich einer menschenwürdigen Arbeitszeit hat ihre Kräfte voll in Anspruch genommen.

In letzter Zeit macht sich aber immer mehr eine Bewegung geltend, die dahin zielt, auch die Forderung auf einen Erholungsurlaub eindringlicher hervor zu heben.

Die industrielle Arbeiterschaft fordert mit Recht, daß sich nicht nur diejenigen erholen, die vorher wenig und gar nichts tun, sondern daß auch die Mühseligen sich erfrischen und laben dürfen. Verschiedene Berufsgruppen haben auch bereits schöne Erfolge auf diesem Gebiet zu verzeichnen. In der Mehrzahl der Buchdruckereien werden Ferien gewährt, die Brauereiarbeiter und Transportarbeiter haben durch tarifvertragliche Vereinbarungen Ferien für eine bedeutende Anzahl ihrer Mitglieder errungen. Genossenschaftliche und kaufmännische Betriebe gewähren Erholungsurlaub, Kommunen und Staatsbetriebe geben ihren Angestellten die Möglichkeit, allerdings teilweise mit vielen Kautelen und bürokratischen Formeln, einige Tage in Freiheit und Unabhängigkeit zu leben. Auch in anderen Gewerben sind einige „weiße Raben“, die eingesehen haben, daß es nur eine Forderung der Billigkeit ist, wenn den Arbeitern gewährt wird, was sie selbst besitzen.

Die große Mehrzahl der in Industrie, Gewerbe und Handel beschäftigten Arbeiter muß sich aber diese Erholungszeit erst erkämpfen. Die Unternehmer sind ja in ihrer Mehrzahl nicht einseitig genug, um aus freien Stücken etwas zu bewilligen. Was die Unternehmer für sich selbst als ganz selbstverständlich erachten, ihren Arbeitern werden sie es mit aller Entschiedenheit vorenthalten. Die meisten sind ja der Ansicht, daß der Arbeiter eben von Natur aus dazu bestimmt ist, im Schweiß seines Angesichts sein Brot zu essen. Dazu predigen die frommen

Helfershelfer der besitzenden und herrschenden Klassen den Arbeitern: „Hier ist dein Los zu dulden und zu darben, in andern Welten wachsen deine Garben“.

Das Ziel der Arbeiterbewegung ist jedoch ein anderes, und die Arbeiter wollen die soziale Frage anders gelöst wissen, als mit dem Hinweis auf das Himmelreich.

Zu dem Forderungsprogramm der Arbeiter zählen auch Ferien, das Ausspannen für einige Wochen, um frei aufzuatmen, sich als Mensch zu fühlen, der Schönheiten der Natur und der Schöpfungen von Menschenhand sich zu erfreuen und die Gesundheit neu zu kräftigen und zu stärken.

Die Produktivität der Arbeit, die Höhe der Technik, die Leistungsfähigkeit aller modernen produktiven Anlagen und Betriebe, die Riesensumme der menschlichen und mechanischen Arbeitskräfte ermöglichen heute jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Angestellten einen mindestens vierzehntägigen Sommerurlaub bei Fortzahlung des vollen Lohnes jedes Jahr zu gewähren.

Zu allem Ueberflus liefern ja die Unternehmer fast täglich den Beweis für diese Möglichkeit. Seit Jahren folgt eine Aussperrung auf die andere. Wochenlang werden die Arbeiter um der geringfügigsten Ursachen willen auf die Straße gesetzt. Wenn die Industrie durch diese Aussperrungen nicht zu Grunde geht, kann sie es ihren Arbeitern auch gestatten, jeweils im Sommer von der ganzjährigen Arbeit auszuspinnen. Die Arbeiter haben ein Recht darauf, und müssen es nachdrücklich wahren. Der Anfang ist ja gemacht, es gilt nur, die Einrichtung auf alle auszudehnen, vollständig zu verallgemeinern.

Doch nur mit Hilfe des Koalitionsrechts, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen wird das möglich, werden wir imstande sein, uns auch diesen wichtigen sozialen Vorteil zu verschaffen. Wer mit uns dafür kämpfen will, der gehe hin und werbe und streite für unsere Organisation. Dann werden verwirklicht die trefflichen Verse von Karl Gerock, der ausruft:

Luft und Licht dem armen Manne,
Der verhüllt in Rauch und Dampf
In des Brotherrn strengem Banne
Kämpft des Daseins harten Kampf;
Nach der Wochen Last und Klage
Gönnt ihm seine Feiertage
Schafft ihm, weil es Menschenpflicht,
Luft und Licht!

Niedriger hängen!

Uns ging folgender Versammlungsbericht zu, den wir nachstehend voll inhaltlich zum Abdruck bringen:

„k. Königssee-Unterködlitz. Die kombinierte Zahlstellenversammlung vom 19. Juli war leider nicht gut besucht. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung galt der Bericht des Delegierten von der Generalversammlung. Kollege Oswald gab denselben in längeren sachlichen Ausführungen. Trotzdem er bei verschiedenen Punkten erklärte, gegen dieselben gestimmt zu haben, suchte er die Beschlüsse hoch zu halten. Die Diskussion war eine rege und sehr scharfe. Als unverzeihbar wird der Beschluß, die Vorstandsgehälter zu erhöhen, bezeichnet. Die Mitglieder können es einfach nicht begreifen, daß die Delegierten den Mut hatten einen derartigen Beschluß in der Zeit der Krisis zu fassen. Die Beitragserhöhung wurde so weit gutgeheißen, nur der 18 Mark-Wochenverdienst in der 60 Pfg.-Stufe wird als zu niedrig befunden. Daß der Vorstand über Arbeitsüberlastung klagt, wird unter allgemeinem Gelächter zur Kenntnis genommen. Man ist es ja nicht anders gewöhnt. Allgemeines Befremden erregte es, daß Genosse Zietsch jetzt auch mit in dieselbe Kerbe haut und über Arbeitsüberlastung klagt. Daß die Delegierten nicht einen Genossen unter sich hatten, dem sie den Vorsitz übertragen konnten (außer Gen. Seelmann), wird bedauert. Ebenso, daß es noch viele Zahlstellen gibt, welche Gewerkschafts- oder Konsumbeamte zur Generalversammlung delegierten, denn ein Rabe hackt dem andern kein Auge aus. Daß die Delegierten über die Beschlüsse, welche jetzt bekämpft werden, nicht den Mut hatten namentlich abzustimmen, zeugt davon, mit welchem Gewissen die Beschlüsse gefaßt wurden, Daß die Delegierten es fertig bringen konnten und einen Beschluß faßten, wonach die Beschlüsse der Generalversammlung durch Mitgliederabstimmung nicht umgestürzt werden können, wird als niederträchtig bezeichnet. Auch eine Mitgliederabstimmung kann nur von 20 Zahlstellen beantragt werden. Mit Recht fragen wir uns, sind denn die Delegierten überhaupt bei vollem Vorstand gewesen, wie solche Beschlüsse gefaßt

wurden? Verschiedene Neußerungen des Vorstandes Wollmann den thüringer Kollegen gegenüber, können, da die Zeit sehr vorgerückt, nicht mehr besprochen werden und soll in der nächsten Zeit eine weitere kombinierte Versammlung abgehalten werden, welche sich besonders mit den Ausführungen Wollmanns zu beschäftigen hat.“

Dazu bemerkt der Vorstand:

Nach wie vor herrscht im Verbandsvorstand die Auffassung, daß es eines der hauptsächlichsten Rechte der Zahlstellen und jedes einzelnen Mitgliedes ist, an den Beschlüssen der Generalversammlung wie an der Tätigkeit der übrigen leitenden Instanzen und Personen im Verband Kritik zu üben. Aber diese Kritik darf im Interesse des Verbandes, unserer Fortentwicklung und Agitation gewisse Grenzen parlamentarischen oder kollegialen Anstandes und taktischer Unklugheit nicht überschreiten. Trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit, die nach der Generalversammlung verfloßen ist, sind jedoch zahlreiche rednerische und schriftliche Entgleisungen den Kollegen unterlaufen, welche nicht ohne Nachwirkung blieben. Bis auf welchen Tiefstand die Diskussion jedoch bereits gelangt ist, können die Verbandskollegen aus dem oben angeführten Bericht ersehen.

Aber auch jetzt verzichtet der Vorstand darauf, die in jenem Bericht auf einzelne Personen oder auf den Vorstand enthaltenen Angriffe zurück zu weisen. Das kann später oder an anderer Stelle geschehen. Nur dagegen muß der Vorstand auf das Energischste protestieren: Gegen die fortgesetzte Verunglimpfung und Beschimpfung der Generalversammlung und einzelner Delegierten.

Die Generalversammlung als Korporation kann sich gegenüber solchen Angriffen nicht mehr verteidigen, und die eventuelle Abwehr einzelner Delegierten kann die Ehre der Generalversammlung — die bisher auch in unserem Verbandsleben noch immer als die höchste Instanz angesehen wurde — nicht wirkungsvoll genug schützen. Darum hält sich der Vorstand für verpflichtet, in erster Linie die Generalversammlung und die einzelnen Delegierten gegen solche ebenso maßlosen wie unbegründeten Vorwürfe und Angriffe in Schutz zu nehmen.

Hierbei rechnet der Vorstand auf die wirksamste Unterstützung aller jener Kollegen, die sich neben einer genügend reichen, Erfahrung im Gewerkschafts- und Verbandsleben so viel gesunden Sinn und ruhige Urteilsfähigkeit bewahrt haben, um diesen Verirrungen im Ton und Wesen der Diskussion auf das Entschiedenste entgegen zu treten. Diese Kollegen werden auch darin mit dem Vorstand einer Meinung sein, daß die in solcher Weise geführte Diskussion weder geeignet ist, die anscheinend verkehrt gefaßten Beschlüsse der letzten Generalversammlung zu verbessern, noch in anderer Beziehung agitatorisch und erzieherisch auf die uns fernstehenden Kollegen oder gar imponierend auf unsere Gegner zu wirken.

Der Verbandsvorstand.

Verbands-Angelegenheiten

Bekanntmachungen!

Das Protokoll der Generalversammlung kommt in Kürze zur Versendung.

Laut Vorstandsbeschlus soll dasselbe jedem Mitgliede unentgeltlich zugestellt werden. In Rücksicht darauf, daß äußerst wichtige Verhandlungsgegenstände die diesjährige Generalversammlung beschäftigten, wird das Protokoll allen Mitgliedern zum eifrigsten Studium angelegentlichst empfohlen.

Nach der bisherigen Diskussion im Organ über die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung, scheint es uns recht notwendig zu sein, den Mitgliedern zu empfehlen, in der Kritik wenigstens so lange Maß zu halten, bis jedes Mitglied das Protokoll in Händen hat, um sich dann ein möglichst klares Urteil von der Generalversammlung bilden zu können.

Der Verbandsvorstand.

Entscheidungen der Beschwerdekommision.

Sitzung vom 20. Juli 1908.

Eine Zuschrift des Mitgliedes 8885 R. wird zur Kenntnis genommen, und bleibt die Beschwerdekommision bei ihrem Beschluß, da neue Gründe, die eine Aenderung rechtfertigen, nicht vorliegen. — Eine Zuschrift von M. wird zur Kenntnis genommen und vertagt. — Mitglied 19500 G. beschwert sich wegen Verweigerung von Krankengeldzuschuß. Sachverhalt ist folgender: Mitglied kam am 25. Mai in die Wochen-

am 10. Juni war die Karenzzeit um. Das Mitglied steuerte aber freiwillig weiter und stellte am 10. Juni Antrag auf Krankengeldzuschuß. Die Beschwerdekommision lehnte die Beschwerde ab, da nach § 24 nur die Mitglieder Unterstützung erhalten können, welche bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit 52 Wochen Beiträge geleistet haben, weiter hatte das Mitglied keinen Anspruch auf Krankengeldzuschuß, sondern nur auf Wöchnerinnen-Unterstützung, wenn die statutarischen Bedingungen erfüllt waren. — Ein weiteres Mitglied 6913 J. beschwert sich wegen Verweigerung von Fahr- und Umzugskosten von W. nach J. sowie wegen verweigertem Rechtsschutz. Der Beschwerde liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Mitglied ersuchte den Vorstand, seinen Arbeitsplatz freiwillig aufgeben zu können, da in W. schlechter Geschäftsgang sei und sie zeitweilig aussetzen müßten, unter Wahrung der statutarischen Rechte. Dies wurde vom Vorstand verweigert. Die Beschwerdekommision lehnte die Beschwerde ebenfalls ab, da das Mitglied sich weigerte, ein Antragsformular auszufüllen, und das Mitglied bei seinem Weggange von W. nicht gerade kollegialisch gehandelt hat, dadurch, daß es den von der Zahlstelle fest gesetzten Maximallohn ganz enorm überschritten hat, und dadurch die dortigen Kollegen geschädigt hat, da nach dem erzielten Verdienste des Mitgliedes die betreffenden Artikel pro Dgd. um 10 Pfg. reduziert wurden. Bezüglich des Rechtsschutzes wurde ein Beschluß nicht gefaßt, sondern soll das Mitglied aufgefordert werden, ein dementsprechendes Formular an den Vorstand zu senden.

Emil Böhm e, Vorsitzender. Berthold Faulian, Schriftführer.

Aus Mitgliederkreisen.

Spintisirerei.

Die Art und Weise, in welcher ein Teil unserer Zahlstellen in ihren Versammlungen die Beschlüsse der letzten General-Versammlung besprochen hat, zwingt mich, meine Herzensmeinung an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen. Ich gestatte mir das insoweit zu tun, als Zahlstellen es nicht unter ihrer Würde hielten, die gewählten Vertreter unserer Organisation in geradezu empörender Weise vor aller Welt bloß zu stellen. Soweit der Hauptvorstand in Betracht kommt, überlasse ich es diesem, sich seiner eigenen Haut zu wehren, wenn Buckau und Ilmenau vermeinen, im Rechte zu sein.

Gegenüber den Delegierten ist aus dem Versammlungsbericht der Zahlstelle Buckau zu entnehmen, daß die Beschlüsse der Generalversammlung eine Vergewaltigung der Mitglieder bedeuten sollen, mit der sich die buckauer Kollegen nicht nur nicht einverstanden erklären können, sondern sie sprechen über die Generalversammlung das vollständig unbegründete Mißtrauensvotum aus. Von der Tätigkeit ihres Delegierten war die Versammlung vollauf befriedigt. Der letzte Satz unserer buckauer Genossen kennzeichnet so recht die geistige Entwicklung dieser Zahlstelle und zwar aus folgenden Gründen. Die buckauer Mitglieder waren in der letzten Versammlung oft entrüstet über die Art und Weise der Verhandlungen. Da den Delegierten leider über die Punkte, welche bei den Buckauern Entrüstung hervor gerufen haben, kein näherer Aufschluß zu teil wurde, glaube ich nicht fehl zu gehen, wenn ich die so viel Staub aufwirbelnden Beschlüsse kurz berühre und beantworte. Gemeint können nur sein die Beschlüsse:

1. Beitragserhöhung, Lohnnachweis und Klassenkürzung;
2. Erhöhung der Zahlstellengrenze von 10 auf 20 zur Veranlassung einer Mitgliederabstimmung;
3. Die Beschlüßfassung, daß die geleistete Arbeit der Generalversammlung nicht durch eine Mitgliederabstimmung illusorisch gemacht werden kann und
4. die Gehaltserhöhung unserer Beamten und das zukünftige Regulativ.

Zur Frage 1 erkläre ich, daß die Generalversammlung fast geschlossen der Ueberzeugung war, daß eine Beitragserhöhung nur dann abgelehnt werden kann, wenn die Vertreter der Porzellanarbeiterorganisation den Verfall des Verbandes wollen. Die durch die ungünstige Konjunktur seit Oktober 1907 wesentlich erhöhte Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder, weiter die ganz eminent gestiegene Zahl unserer Kranken hätte bis zum 1. Oktober 1908 unseren Reservebestand selbst ohne Streik aufgezehrt. Den Verband vor dem finanziellen Bankrott zu schützen war die Ehrenpflicht eines jeden Delegierten. Nur über die Erhöhung der Beiträge respektive Unterstützungsfestlegung bestanden Meinungsverschiedenheiten. Ueber den Antrag 50 des Hauptvorstandes sowie über die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung ging die Generalversammlung trotz eingehender Begründung des Antrages durch Wollmann und Herden insofern zur Tagesordnung über, als sie diesen Antrag nebst denen, die vor der Generalversammlung gestellt wurden, einer Kommission, bestehend aus 13 Mitgliedern, überwies, welche bis auf 3 Delegierte nicht allein den Vorstandsantrag bekämpften, sondern auch von einer Erhöhung der unteren vier Klassen um je 5 Pfg. und der beiden oberen Klassen um je 10 Pfg. wöchentlich nichts wissen wollten. Die Kommission, das muß offen ausgesprochen werden, arbeitete nicht oberflächlich, sondern sie prüfte und wägte. Sie verlangte einen

ausführlichen Bericht über unsere jetzigen Klassenverhältnisse vom Genossen Herden, und das Ergebnis dieser gewissenhaften Beratung war, selbst der aus einer großen Majorität von Gegnern des Vorstandsantrages der Generalversammlung unterbreitete Vorschlag, welcher mit einer kleinen Aenderung in der zweiten Kommissionsberatung die große Majorität erhielt. Nicht unerwähnt will ich lassen, daß die Reduzierung der Klassen von sechs auf vier nur deshalb vorgenommen wurde, um der Verschmelzung mit den Glasarbeitern und Töpfern näher zu kommen. Und ist denn die Beitragserhöhung in Wirklichkeit von so tief einschneidender Bedeutung, daß die gehegten Befürchtungen von dem bevorstehenden Mitgliederschwund berechtigt sind, oder daß nunmehr der Nachweis besteht, daß die Porzellanarbeiterorganisation die höchsten Beiträge entnimmt und die geringste Unterstützung bezahlt? Nichts von alledem. In Wirklichkeit wurde die unterste Klasse um 5 Pfg. pro Woche erhöht, der Krankenunterstützungssatz aber bleibt. In der zweiten Klasse unterließ man eine Beitragserhöhung und kürzte die Unterstützung von 8 Mk. auf 7 Mk. In der dritten Klasse wurde der Beitrag um 10 Pfg. pro Woche erhöht und man erhält im Bedarfsfalle 1 Mk. Unterstützung wöchentlich mehr, also eine Belastung des Mitgliedes um 5,20 Mk. jährlich, gegenüber eine Begünstigung von mindestens 6 bis 14 Mk.

Und in der vierten Klasse eine Erhöhung von 15 Pfg. wöchentlich, wofür bei Streiks für jedes einzelne Kind anstatt 50 Pfg. eine Mark Unterstützung gewährt wird. Bei nüchternen Ueberlegung muß jeder objektiv denkende Kollege sagen: „Es ist nicht abzutreiten, daß die Delegierten dieser Generalversammlung, genau so wie die Vertreter aller bereits abgehaltenen Generalversammlungen, zu sehr im Banne ihrer Mitglieder standen, sonst könnten solche Beschlüsse in Anbetracht der mißlichen Finanzverhältnisse, in der sich der Porzellanarbeiterverband befindet, nicht gefaßt werden. Und die Finanzklagen werden so lange auf den Generalversammlungen sich wiederholen, so lange Unsummen für Reise- und Arbeitslosenunterstützungen ausgegeben werden, welche keine einzige Organisation, nicht allein bei gleicher Beitragsleistung, ja sogar bei wesentlich höheren Beitragsätzen zahlt, als wie gerade unser Verband. Und die bis jetzt vorliegenden Versammlungsberichte verraten, daß innerhalb unserer Reihen der bestehende Klassenkampf nicht nur noch nicht verstanden wird, sondern im Gegenteil, all die wirtschaftlichen Schädigungen ohne wesentlichen Hirneindruck an einem großen Teil der Porzelliner vorüber gegangen sind. Es ist dies nicht lobenswert für unsere Organisation, aber bittere Wahrheit! Wir beschäftigen uns viel mit Sondereinrichtungen und erhalten dadurch nie einen größeren Reservefonds, einen Kriegsschatz, dessen wir als Hebel oder Abwehrwaffe so dringend bedürfen, wenn sich unsere Arbeits- und Verdienstverhältnisse einmal bessern sollen. Zur Frage 2 möchte ich konstatieren, von welchen Gesichtspunkten aus, nach meiner Meinung, eine Erhöhung der Zahl, um Mitgliederabstimmungen zu vermeiden resp. durchzuführen, sich die Generalversammlung hat leiten lassen. Fest steht, daß sich unsere Mitgliederzahl von 8592 auf 14878 vermehrte, also fast verdoppelte. Unsere Zahlstellen haben sich um 47 vergrößert. Bei einem so gewaltigen Aufschwung innerhalb unserer Organisation würde ich es als eine Pflichtvergessenheit betrachten, wenn wir den § 39 Ziffer 3 unseres alten Statuts beibehalten hätten. Es sollen bei fast 15 000 Mitgliedern 10 Zahlstellen, vielleicht mit einer Durchschnittsmitgliederzahl von 40 Mitgliedern = 400 Kollegen, das Recht haben, eine Mitgliederabstimmung durchzusetzen, selbst wenn der zur Abstimmung stehende Antrag vom Hauptvorstande und einer Reihe alter erprobter Genossen bekämpft worden ist. Abgesehen noch von den Unkosten, welche eine Mitgliederabstimmung verursacht. Es hieße tatsächlich Gulen nach Athen tragen, wenn die Genossen sich noch länger hierüber streiten wollten, zumal vor der Generalversammlung ein diesbezüglicher Antrag Nürnberg mit zur Beratung stand und die Mitglieder nicht die geringste Opposition dagegen machten.

Die gleiche Erscheinung konnte eintreten nach Bekanntgabe der Beschlüsse der diesjährigen Generalversammlung. Die Delegierten sind meines Dafürhaltens nach überzeugt, daß die Zusammensetzung einer außerordentlichen Generalversammlung durch andere Mitglieder, wenn sie nicht Willens sind, die gesunde, glückliche Geburt wegzuerwerfen und die Nachgeburt auf zu ziehen, nach eingehender Klärung der Sachlage, auch nichts anderes beschließen können, als die diesjährigen Vertreter es taten.

Anders zu beschließen, d. h. noch mehr den Opponenten entgegen zu kommen, hieße eine Verantwortung übernehmen, welche ein Teil von diesen Propheten dadurch abschüttelte, indem sie im Ernstfalle dem Verband den Rücken lehrten. So arbeite ich

nicht. Ich nehme eine maßvolle Kritik entgegen, ohne mich zu wehren, wenn nur der Verband nicht zu Schaden kommt. Durch die bis jetzt gepflogene Taktik aber gießen die sich dünkenden Geister nur Öl ins Feuer. Man verschlechtert die Situation, indem man mit den weniger zielbewußten Kollegen kräftig in das Reaktionshorn bläst. Ja man zetert sogar von Absolutismus, um mit Schedewitz zu reden. Würden unsere geistigen Leiter innerhalb der Zahlstellen, in ehrlicher Ueberzeugung den wirklichen Zustand klarlegen und die gefakten Beschlüsse als das Mindestmaß dessen bezeichnen, was notwendig war, unter Berücksichtigung der Verhältnisse anderer Verbände, diese kleine Revolutionierung innerhalb unserer Organisation, die wie gesagt absolut notwendig war, würde ohne wesentliche Mißstimmung entgegen genommen und würden auch die Opfer getragen werden. Was die Gehaltserhöhung anbelangt, so ist im Auge zu behalten, daß schon die vorige Generalversammlung der diesjährigen den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Bezug auf die Besoldung unserer Beamten empfahl. Hörten wir innerhalb dieser 3 Jahre das Kriegshorn blasen? Nichts von dem. Auch vor der diesjährigen Generalversammlung war nichts von einem Sturm zu bemerken. Man schlägt aber hierfür um so kräftiger nach der Generalversammlung los. Wahrlich, ein Zeichen, daß unseren Beamten das Arbeiten geradezu veretelt wird.

Unsere Beamten in Charlottenburg und Berlin haben zirka 600 Mk. nur für Miete und Steuern aufzubringen, welches doch schon ins Gewicht fällt. Sie müssen in der Kleidung und Wäsche anders auftreten, als wie der Arbeiter in der Fabrik. Sie sind 17, 9, 8 und 6 Jahre bereits innerhalb der Organisation tätig, ohne ein Gehaltsregulativ zu besitzen. Auf jeder Generalversammlung dieser vollständig unberechtigte Streit um die Gehaltsfrage. Stundenlange Debatten verbunden mit hohen Geldkosten (jede Stunde kostete den Verband diesmal 125 Mk.) werden gehalten und dann spricht man von „Abdrücken“ usw. obwohl dieses Für und Wider auf den Generalversammlungen uns weit mehr Kosten verursachte als die Gehaltserhöhungen bis dato. Hätten die Delegierten bei einer so langen Tagesordnung nicht durch rasches Arbeiten, Nachsitzung usw. die Interessen des Verbandes wahr genommen, diese Generalversammlung hätte 2000 Mk. Mehr-Kosten verursacht als dieser Streit wegen der Gehaltsregelung für immer bei einem einmaligen Mehraufwand von 1200 Mk. Zum Schluß möchte ich den opponierenden Genossen ans Herz legen, sich einmal die Gehaltsverhältnisse sämtlicher an Zahl uns gleich stehender Verbände sagen zu lassen unter Berücksichtigung der Anstellungsdauer, und sie werden zu der Ueberzeugung kommen, daß sich die diesjährige Generalversammlung nichts vergeben hat. Wenn Buckau mit seinem Vertreter zufrieden war, so sind wir ihnen darob nicht neidisch. Ueber seine Berichterstattung bin ich nicht informiert. Ohne Zweifel wäre aber die Wahl von Delegierten nach Schema B eine sehr unglückliche zu nennen.

Jos. Seelmann-Kronach.

Noch eine Generalversammlung?

Mit Staunen las ich in den letzten Nummern der „Amesse“ die Berichte über die Versammlungen, die sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung beschäftigten. Nach dem zu urteilen, daß manche Zahlstellen die schärfste Kritik an den Beschlüssen der Generalversammlung geübt haben, muß man annehmen, daß die Berichterstattung oft ebenso einseitig wie unvollständig und falsch gewesen sein muß.

Wenn man sich in erster Linie gegen die Einschränkung der Mitgliederabstimmungen wendete, so hatte die Generalversammlung dafür doch wichtige Gründe. Man protestiert jetzt deswegen dagegen, daß den Mitgliedern das Recht genommen wurde, die Beschlüsse der Generalversammlung durch Urabstimmungen zu ändern. Trifft diese Einschränkung dann aber nur die Mitglieder? Auch der Vorstand ist dadurch gebunden. Und sein Interesse an einer Mitgliederabstimmung ist vielleicht nicht minder groß als das der Mitglieder. Man darf doch nicht vergessen, daß der Antrag 50 des Vorstandes abgelehnt wurde und daß die Kommissionsbeschlüsse bei weitem das nicht brachten, was der Vorstandsantrag wollte. Aber auch der Vorstand kann seinen Antrag durch keine Mitgliederabstimmung verwirklichen lassen. Ihm sind die Hände auch gebunden. — Und übrigens bietet auch unter den gegebenen Umständen eine Mitgliederabstimmung durchaus nicht die Gewähr, daß dadurch die für den Verband richtigen Beschlüsse gefaßt würden. So ausführlich kann den Mitgliedern in aller Öffentlichkeit das Material nicht mitgeteilt werden, das die Delegierten kennen lernten und auf Grund dessen sie — häufig gegen ihre vorherige Ansicht — zu den Beschlüssen kamen, die jetzt den Mitgliedern nicht gefallen. Die Delegierten

taten ihre Pflicht, ohne auf den Dank der Mitglieder zu rechnen. Aber wer seine Kräfte rückhaltslos in den Dienst der Allgemeinheit stellt, sollte nicht so bemiztraut werden, wie es jetzt den Delegierten vielfach geschieht.

Auch über die Gehaltserhöhung der Beamten regt man sich sehr auf. Ich frage: Sind Gehälter von 2100 und 2200 Mk. in Berlin, wo alles so teuer ist, zu viel? Und wenn jede Familie nur 5 Köpfe zählt, so sind die Mittel noch sehr bescheidene. Auch die anderen Gewerkschaften, die mit unserem Verband zu vergleichen sind, haben ihren Beamten das gegeben, um was sich unsere Mitglieder jetzt erregen. Kein Kollege wird wohl als Gewerkschaftler den Verbandsbeamten das Recht bestreiten wollen, sich ihre Lebenslage zu verbessern, und es ist sehr fraglich, ob die Beamten damals, als sie noch im Verufe tätig waren, deswegen so behandelt worden wären, wie es ihnen jetzt von den eigenen Kollegen zu teil wird. Ich bin jetzt froh, daß der von mir und Kollegen Körschner gestellte Antrag, über die Gehaltsfrage namentlich abzustimmen, abgelehnt wurde. So manchem Delegierten dürfte es jetzt vielleicht böse deswegen ergehen, daß er gegen die Vertrauensmänner des Verbandes gewerkschaftlich gefühlt hat.

Eine direkte Unwahrheit aber liegt in der Behauptung, daß ein Fünftel der Generalversammlung aus Beamten bestanden habe. In der Tat waren zwei Arbeitersekretäre und ein Konsumvereinsbeamter unter den Delegierten. Also drei unter Neun und siebzig! Man muß sich wundern, mit welcher Leichtfertigkeit solche Unrichtigkeiten unter die Mitglieder verbreitet werden. Aber wenn es noch mehr Beamte gewesen wären, so gibt das keinen Anlaß zu Angriffen auf die Kollegen. Diese Delegierten sind doch ebenso vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder wie alle anderen, und es ist doch das Vertrauen zahlreicher Kollegen gewesen, das sie nach Berlin sandte.

Auch darüber klagt man, daß der Vorstandsantrag nicht zeitig genug bekannt geworden war. Er wurde doch mit den anderen Anträgen der Mitglieder in Nr. 17 der „Amesse“ veröffentlicht. Warum klagt man denn nicht auch darüber, daß seitens der Gaukommission noch am vorletzten Tag der Generalversammlung äußerst wichtige Anträge unterbreitet wurden, von denen vorher, außer den Antragstellern, niemand eine Ahnung hatte? Durch diesen Antrag würde der Vorstand für den Gaubezirk überhaupt ausgeschaltet gewesen sein und der Verbandsvorstand war dann nur noch dazu da, die fehlenden Gelder der Gaukommission zu besorgen. Ich war schon in der Statutenkommission für Verlegung des Sitzes der Gauleitung von Jlmenu. Hätte man damals die jetzt bekannt gewordene Weigerung der Zahlstelle Jlmenu geahnt, so wäre wohl der Sitz der Kommission ohne weiteres von Jlmenu verlegt worden.

Und nun kommt gar noch die Zahlstelle Spandau und sammelt Stimmen für die Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung. Etwas Unbegründeteres dürfte sich schwerlich finden lassen, wie dieser Antrag. Es heißt in dem Anschreiben der Zahlstelle Spandau, daß die Extra-Generalversammlung die unglücklichen Beschlüsse der Generalversammlung einer Prüfung unterziehen soll. Welche Beschlüsse gemeint sind, wird nicht gesagt. Eine solche Zumutung übersteigt alle Schranken. Um vielleicht einen Beschluß oder zwei Beschlüsse zu revidieren, soll der Verband für eine neue Generalversammlung nochmals 10 000 bis 12 000 Mk. ausgeben! Das heißt wahrhaftig, mit den jetzt ohnedies knappen Mitteln des Verbandes recht leichtfertig umgehen. Ich wende mich ganz entschieden gegen diese Absicht der Zahlstelle Spandau.

Gewiß, man braucht mit manchem Beschluß der Generalversammlung nicht zufrieden zu sein, aber das gibt durchaus noch keine zwingende Veranlassung, nun schleunigst eine zweite Generalversammlung einzuberufen. Auch Kollege Ahmus = Spandau ersuchte mich in der Kommission, sämtliche Beschlüsse der Kommission der Generalversammlung zur Annahme zu empfehlen. Nun sind diese Beschlüsse angenommen und doch ist Ahmus und mit ihm die Zahlstelle Spandau nicht zufrieden. Auch ich wurde überstimmt, aber ich füge mich der Mehrheit.

Jedenfalls liegt in dem Antrage der Zahlstelle Spandau ein recht großes Mißtrauensvotum gegen die Delegierten der Generalversammlung. Haben dieselben nun aber gar so schlecht gearbeitet? In siebentägigen Verhandlungen waren sie nach besten Kräften bemüht, das Beste für den Verband zu schaffen, unberücksichtigt um den Dank der Kollegen. Die Delegierten taten ihre Pflicht, nichts weiter. Aber umso stärker treffen sie diese Mißtrauenszeichen. So mancher, von ehrlichem Willen erfüllte Kollege wird wohl künftig auf den Vorzug, Delegierter zu werden, verzichten, nachdem er hat kennen lernen müssen, wie so viele Kollegen die Arbeiten der letzten Delegierten bewerten.

So kommen wir anstatt zu ruhiger Entwicklung in neue Streitigkeiten hinein. Anstatt, daß alle Delegierten und auch die Zahlstellenleitungen sich bemühten, den Mitgliedern die Beschlüsse der Generalversammlung zu erklären, arbeiten sie noch schließlich dagegen und bringen uns in einen Zustand äußerster Gefahr.

Dagegen muß Front gemacht werden und alle einsichtigen Kollegen sollten sich bemühen, dem entgegen zu treten. Auch eine neue Generalversammlung wird keine anderen Beschlüsse fassen können, wenn die finanzielle Stärke des Verbandes gehoben werden soll. Sparen wir also die Kosten dafür und vereinigen wir unsere Kräfte zur inneren Festigung unseres Verbandes und zu intensiver Agitation.

K. Frischmuth-Stadtilm.

„Spandau. Den vielen Anfragen an die hiesige Verwaltung, diene folgendes zur Auskunft: An die eventuell tagende außerordentliche Generalversammlung würden wir den Antrag stellen, folgende Beschlüsse der letzten Generalversammlung aufzuheben, resp. ändern zu wollen:

1. Den Beschluß aufzuheben, daß über Generalversammlungsbeschlüsse keine Mitgliederabstimmungen stattfinden dürfen.

Begründung: Derselbe verstößt gegen unser demokratisches Prinzip; denn er soll die allgemeine Meinung der Mitglieder unterdrücken.

2. Den Beschluß aufzuheben, den Beamten ihre Gehälter, dem Stuttgarter Kongreß entsprechend, in Zukunft regeln zu sollen. Für diesen Punkt den alten Zustand zu lassen.

Begründung: Die Regelung der Gehaltsfrage war eine so brennende nicht, daß man das Risiko eingeht, hierwegen einen großen Teil der Mitglieder zu verlieren, weil dieselben es mit Recht nicht begreifen können, daß mit demselben Moment, wo die Beiträge so hoch geschraubt wurden, der größte Teil der sich hieraus ergebenden Mehreinnahme zur Gehaltsaufbesserung verbraucht werden soll, auch die bisherigen Gehälter die sonst üblichen und genügenden waren.

3. Die Beiträge und Unterstützungssätze in der beschlossenen Form zu belassen, aber die Verdienstgrenzen folgendermaßen zu gestalten: Bis zu 12 Mk. Verdienst per Woche 15 Pfg. Verbandsbeitrag. Bis 17 Mk. 30 Pfg. Bis zu 22 Mk. 45 Pfg. und Verdienste über 22 Mk. per Woche den Beitrag von 60 Pfg.

Begründung: Es wäre ein Unikum in der Gewerkschaftsbewegung, schon bei 18 Mk. Wochenverdienst 60 Pfg. Verbandsbeitrag zu erheben; denn die wenigsten hätten dies bezahlen können.

4. Für die Zukunft mit dem Modus zu brechen, den Delegierten kein gebundenes Mandat mitzugeben, sondern dieselben für Hauptfragen vorher zu verpflichten. Dies ist in der Partei und Gewerkschaft sonst üblich.

Begründung: Die kopflosen Beschlüsse der letzten Generalversammlung.

5. Außerdem würden wir anregen, ob es der Allgemeinheit dienlich ist, Delegierte zu wählen, welche schon ein halbes Menschenalter nicht mehr im Berufe tätig sind.

Begründung: Dieselben sind nicht mehr imstande, objektiv zu urteilen, wie hoch man die Mitglieder mit Beiträgen belasten darf, ohne zu fürchten, den größten Teil zu verlieren. Den Beweis hierfür haben uns die Ausführungen derselben auf der letzten Generalversammlung bewiesen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Spandau. Aßmus.



Die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe hat sich in der letzten Zeit erheblich gesteigert. Wenn auch die absoluten Zahlen gegen die des 1. Quartals in diesem Jahre geringer sind, so zeigt doch ein Vergleich mit den Zahlen des 2. Quartals vom Jahre 1907 erhebliche Unterschiede. Damals waren von 14900 Verbandsmitgliedern 412 arbeitslos, auf die für 4127 Tage der Arbeitslosigkeit zusammen 6068 Mk. Arbeitslosen-Unterstützung entfielen. In diesem Quartal aber sind von 14230 Verbandsmitgliedern 802, darunter 66 weibliche, arbeitslos gewesen. Das bedeutet eine Verdoppelung, die sich in den übrigen Zahlen noch viel stärker zeigt. So wurden an diese 802 Mitglieder zusammen 28895 Mk. Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt, die für 17754 Tage der Arbeitslosigkeit berechnet wurden. Hierin zeigt es sich also, daß sich nicht nur die Fälle der Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße gemehrt haben, sondern, was bedeutend schwerwiegender ist, die Länge der Arbeitslosigkeit hat sich um ein Beträchtliches gesteigert. So ist die Zahl der Arbeitslosen-Tage über vier Mal so hoch wie im gleichen Quartal

1907, und die Summe der gezahlten Unterstützungen ist vier und einhalb mal so groß wie 1907. Das läßt die Lage umso ernster erscheinen, als die Arbeitslosigkeit sich bei Beginn des dritten Quartals noch bedeutend gesteigert haben dürfte, wie die vielfachen Meldungen, die uns darüber von allen Seiten zugehen, beweisen. Aber ferner kommt dabei in Betracht, daß selbst diese Zahlen einen genauen Rückschluß auf die allgemeine Lage unseres Arbeitsmarktes nicht ermöglichen. Diejenigen Kollegen, die vielleicht krank und zu gleicher Zeit arbeitslos sind, aber nur Krankengeld beziehen, werden z. B. von diesen Zahlen nicht ergriffen. Ebenso wenig lassen sich dadurch die Verluste nicht abschätzen, welche den Kollegen infolge der vielfach eingeführten beschränkten Arbeitszeit entstehen. — Aber auch nach einer anderen Seite hin dürften die letzten Ergebnisse der Arbeitslosen-Zählung für die Mitglieder ein gewisses Interesse haben. Es ist das die Betrachtung dieser Zahlen in Hinsicht auf unsere Verbandsfinanzen. Im ersten und zweiten Quartal 1908 wurden zusammen an Arbeitslosen-Unterstützung 59542 Mk. gezahlt. Im Jahre 1907 wurden an Beiträgen eingenommen 241540 Mk., das macht pro Halbjahr etwas über 120000 Mk. Rund 60000 Mk. aber entfallen davon auf die Arbeitslosen-Unterstützung! Dabei ist zu beachten, daß 1907 die Mitgliederzahl größer war wie jetzt; dann fällt jetzt die Zwangsversicherung so gut wie ganz fort. Die Einnahmen werden deswegen nicht wachsen, aber die Krise wird sich noch weiter ausdehnen und die Zahl der zu unterstützenden Arbeitslosen wird steigen. Netto die Hälfte und schließlich noch mehr der Beiträge gehen also allein für die Arbeitslosen-Unterstützung drauf. Was bleibt da für die vielen anderen Verpflichtungen des Verbandes, besonders für die Kämpfe übrig? Verstehen nun die Mitglieder, wie nötig gerade in Zeiten der Krise Änderungen in den Unterstützungs-Einrichtungen sind, die geschaffen wurden auf Grundlagen, die bei weitem nicht mehr zutreffen? Eine ruhige, leidenschaftslose Betrachtung dieser wenigen Zahlen könnte manchen Kollegen befehlen. —

Kleindembach. Erhebliche Lohnreduzierungen sind den Dreher-Kollegen von der Firma Quist angekündigt worden. Da die Dreher nicht billiger wie bisher arbeiten können, plant die Firma, ein Teil der bis jetzt von den Drehern verfertigten Arbeit von Mädchen herstellen zu lassen. Ein großer Teil der Schuld, daß es in diesem Betriebe nicht zur Ruhe kommen kann, scheint, nach den uns gegebenen Schilderungen, der Werkmeister W. zu tragen.

St. Georgen. In dem Emailierwerk von Gebr. Schultzeiß, A.-G. wurden jüngst einige Maler um eine Lohnerhöhung vorstellig. Die Erhöhung wurde bewilligt, aber sofort wurde folgender Anschlag in dem Betriebe bekannt gegeben: „Wir machen hiermit bekannt, daß infolge der derzeitigen schlechten Preislage unserer Fabrikate von weiteren Lohnerhöhungen abgesehen werden muß.“ Das ist freilich ein geringer Trost für die übrigen Kollegen. Umso mehr als ja im allgemeinen die Lohnverhältnisse auf dem Schwarzwald die besten nicht sind. Das ergibt sich auch daraus, daß in dem genannten Betrieb einem Arbeiter, der bereits 34 Jahre in dieser Fabrik tätig ist, aus irgend einem Grunde der Stundenlohn von 36 Pf. auf 25 Pf. ermäßigt wurde. Gut wäre es, wenn die Arbeiter in diesem Betriebe dem oben geschilderten Beispiele der Firma folgen würden und vielleicht bekannt geben würden: „Wir machen hiermit bekannt, daß wir infolge der derzeitigen durch die Verteuerung aller Lebensmittel äußerst verschlechterten Lage unserer Familien weitere Lohn-Ermäßigungen uns nicht gefallen lassen werden!“ —

Schönwald. Die Defektfrage, welche in der Aktien-Fabrik Schönwald bald zu Differenzen geführt hätte, kann nunmehr als geregelt angesehen werden. Durch Vermittlung wurde vereinbart, daß der Verfall der Masse geändert werden soll. Ferner sollen bei Defektabzügen, die weniger oder bis 3 Mk. ausmachen, die Kollegen die Hälfte des Defektabzuges zurück erhalten. Bei Abzügen über 3 Mk. werden 2 Mk. einbehalten. Sämtliche nicht zurück gezahlten Defektabzüge fließen in die Krankenkasse. Bei der Abschätzung größerer Defekte werden zwei Dreher-Kollegen hinzu gezogen. — Im übrigen macht sich der schlechte Geschäftsgang auch hier bemerkbar. Von den Malern wurden wegen Arbeitsmangel sieben ledige Kollegen gekündigt. Es wird in der Malerei nur bis mittags gearbeitet. In der Fabrik von E. & A. Müller arbeiten die Maler nur vier Tage in der Woche.

Wertheim. Die hiesige Herdfabrik von W. H. Kress sucht seit einiger Zeit einen Obermaler oder einen Maler, der sich zum „Ober“ ausbilden will. Man berichtet uns, daß der Obermaler in diesem Betriebe nicht nur neue Muster zu entwerfen, Platten zu gravieren, zu drucken und zu emaillieren hat,

er muß auch noch täglich zehn Herde fertig dekorieren. Wenn es also nach der Würde eines „Ober“ gelüftet, der gehe nach Wertheim.

Vermischtes

Frauenkonferenz. Als Beauftragte der Genossinnen Deutschlands beruft die Genossin Bader eine Frauenkonferenz nach Nürnberg ein, wo der nächste Parteitag stattfinden wird. Die Konferenz soll Freitag, den 11. September, morgens 9 Uhr, in der Goldenen Rose, Webersplatz, zusammen treten. Als provisorische Tagesordnung ist vorgeschlagen: 1. Bericht der Zentralvertrauensperson; a) Agitation; b) Presse. 2. Die Neuorganisation der Genossinnen; Referentin: Genossin Zieg. 3. Die sozialistische Erziehung der Jugend; a) die Erziehung im Hause; Referentin: Genossin Dunter; b) die Jugendorganisation; Referentin: Genossin Zettin.

In Ludwigshafen starb am 20. Juli infolge eines längeren Leidens der Genosse Franz Ehrhart im Alter von 55 Jahren. Der Verstorbene war Reichstags- und Landtagsabgeordneter.

Riesenaussperrung in Stettin. Einen Akt brutalster Willkür hat die Direktion der Vulkanwerft begangen, indem sie sämtliche Arbeiter der Werft, mehr als 700, am 18. Juli aufs Straßpflaster warf. Anlaß zu dieser Gewaltmaßnahme gaben die durch den Arbeiterausschuß bezw. eine Kommission der Mieter der Direktion vorgetragene Wünsche um eine bessere Regelung und eventuelle Einschränkung der Ueberstunden. Wie durchaus berechtigt diese Wünsche sind, geht daraus hervor, daß seit Anfang Mai dieses Jahres die Mieter gezwungen wurden, täglich 1 1/2 Ueberstunden zu leisten, daneben auch noch zahlreiche Nachtschichten. Daß solchen Anforderungen auf die Dauer auch der gesündeste Arbeiter nicht gewachsen ist, leuchtet jedem vernünftigen Menschen ein, nur der Direktion der Vulkanwerft nicht. Diese bestand hartnäckig auf der strengen Erfüllung ihrer Anordnung. Das veranlaßte die Mieter, nunmehr die Ueberstundenarbeit zu verweigern, worauf die Direktion mit der Aussperrung antwortete. In den beteiligten Arbeiterkreisen ist man bestimmt der Auffassung, daß es sich in der Ueberstundenanordnung seitens der Direktion um eine Umgehung der in Hamburg zwischen den Werftdirektoren deutscher Seeschiffswerften und den Vertretern der Arbeiterorganisationen vereinbarten neunehalbständigen Arbeitszeit handelt. Ist diese Auffassung richtig, dann hätte sich die Direktion der Vulkanwerft eines Bruches dieser Vereinbarung schuldig gemacht. Daß sie dieser unmoralischen Handlung die Aussperrung folgen ließ, ist nur ein weiterer Beweis dafür, wie wenig sie geneigt ist, die getroffenen Abmachungen zu respektieren.

Versammlungs-Berichte etc.

Althaldensleben. In der am 27. Juni stattgefundenen Zahlstellenversammlung, welche von 80 Mitgliedern besucht war, gab unser Delegierter den Bericht von der diesjährigen Generalversammlung. Zum Vorstandsbericht hieß es, daß der Vorstand mit Arbeiten überhäuft ist. Daß die Beamten nicht einmal ihre Sonntage einhalten können und dabei zeitweise noch 10 Stunden und darüber pro Tag arbeiten. Jedoch kann man hier nicht einsehen, wenn jemand 8 Stunden pro Tag Jahr ein und Jahr aus arbeitet, derartige Geschäfte nicht zu erledigen wären. Verfällt man vielleicht auf die Klause der Pfaffen, die da stets von Enthaltensamt reden, oder unserer nothleidenden Agrarier? Die alle nur im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot essen und doch dabei herrlich und in Freuden leben? Zur Gauleitersage hätte man gehofft, daß man nach Möglichkeit Gauleiter anstellen sollte, denn so laue Branche-Verbände bestehen hat ein jeder Verband die Pflicht, für den Ausbau seiner Organisation zu sorgen. Es wurde hervor gehoben, daß durch die Tätigkeit des Genossen Hoffmann viele und größere Kämpfe innerhalb unseres Verbandes entstanden sind, welche nicht nur die eingebrachten Gelder aufbrauchten, sondern bedeutend mehr kosteten. Wir geben dies alles zu. Der Genosse Hoffmann mußte auch den Nachweis führen, ob er als Gauleiter etwas taugt und sich durch seine Tätigkeit bezahlt machte. In jeder Generalversammlung ist darüber geklagt worden, daß bei uns zu wenig für Agitation aufgewendet würde und mit Recht! Darum her mit den Gauleitern, damit nicht die Fabrik-Hilfsarbeiter und andere Verbände durch ihre Gau- oder Bezirksleiter uns die Mitglieder nehmen, oder uns die ganze Arbeit erschweren. Und würde nur einer angestellt werden, um jahraus jahrein Agitationstreden in anderen Vorzeilnerorten zu halten, so hätte man auch einmal dem Willen der Mitglieder Beachtung getragen. Auch über die Gewerkschaftsschule hob man hervor, daß bei einer Entschädigung von 5 Mk. pro Tag und Mietsentschädigung von 30 Mk. auf ältere Leute nicht gerechnet werden kann. Da doch diese meistens verheiratet sind. Aber um die heutige Gewerkschaftsbewegung nur einigermaßen zu erkennen, muß man älter sein als 18—25 Jahre und intelligente Leute mit derartiger Begabung kommen wohl höchstens auf 1000 einer, und diese müssen schon in Berlin wohnen. Bezüglich der Beschwerde der Zahlstelle Althaldensleben, betreffs der 50

Mk. welche für Röhre gezahlt wurden, bei dem Subbe'schen Streit, hat man doch eine kleine Entschuldigung gefunden, daß die Zahlstelle sich nicht an die Beschwerdef Kommission gewandt hat. Nun gut, uns bleibt der 12 pSt.-Fonds zur Anwendung. Zum Schluß zur Gehaltserhöhung der Vorstandsmitglieder. Die Generalversammlung 1906 überweist eine fertige Sache der kommenden Generalversammlung und zwar mit rückwirkender Kraft auf 1905. Da hätte man doch einfach gleich bewilligen sollen, und nicht die Sache jemand andern zu überweisen, der nun nicht anders kann, als ja zu sagen. — Althaldensleben kostet diese Generalversammlung eine ganze Menge Mitglieder, vielleicht auch anders wo. Wenn wir auch die Handlungsweise dieser Leute verurteilen, so hätte man doch bedenken sollen, die Beiträge erhöhen und den Vorstand mehr zu bewilligen, da diese doch schon annähernd noch mal so gut bezahlt werden als die besten unserer Berufsgenossen, wo sie alle aus unseren Reihen hervor gegangen sind. Das mußte Mißstimmung hervorrufen. Sollte dieses so weiter gehen, so müßte man, um dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses nicht zuwider zu handeln, einen anderen Vorstand in kommender Generalversammlung wählen, welcher eben mit 2400 Mk. zufrieden ist, bis es unsere Verhältnisse gestatten, mehr für eine Verbands-Verwaltung zu offerieren. An den Beschlüssen zu ändern denkt kein Mensch bei uns, aber eine Kritik nach unserm Denken muß doch wohl gestattet sein.

n. Coburg. Die am 27. Juni stattgefundenen Zahlstellenversammlung hatte sich keines guten Besuches zu erfreuen. Anwesend waren nur 23 Kollegen. Den Bericht von der Generalversammlung, welcher annähernd 2 Stunden dauerte, erstattete der Delegierte Bruno Körschner. In der Diskussion kam es zu heftigen Debatten über manche Beschlüsse der Generalversammlung. Die Beitrags-erhöhung — bei einem Wochenverdienst von 18 Mk. einen Wochenbeitrag von 69 Pfg. zu entrichten — sei entschieden zu hoch, zumal noch eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung in Betracht komme; dann die Gehaltserhöhung der Beamten. Daß eine Nachzahlung resp. Anrechnung der drei letzten Jahre Annahme fand, hätte man von der Generalversammlung, da doch schon die Krise drohte, und die Klassenverhältnisse es nicht erlaubten, am allerwenigsten erwartet. Ebenso steht es mit der Mitgliederabstimmung, welche nach der Generalversammlung nicht mehr stattfinden darf. Hiermit sind also die Mitglieder mundstills gemacht worden. Die Folgen dieser Beschlüsse werden sich zeigen und in der Weise immer mehr erörtert werden. Im übrigen dankte die Versammlung dem Delegierten, daß er den Standpunkt unserer Mitglieder richtig vertrat.

k. Eisenberg. In der Versammlung vom 11. Juli waren 62 Mitglieder anwesend. Der Vorsitzende betonte, daß man nach dem schlechten Versammlungsbefuch schließen könnte, daß die Eisenberger Kollegen, im Gegensatz zu vielen Anderwärtsigen, mit den gefaßten Generalversammlungs-Beschlüssen einverstanden wären, was aber keineswegs dazu berechtigte, die Versammlung so zu ignorieren. Nach Kenntnisnahme des Kartellberichts, sowie Aufnahme neu angemeldeter Mitglieder, erfolgte die Besprechung der Generalversammlungs-Beschlüsse, welche aber wegen des so lauen Besuches nicht die rege Diskussion zeitigte, die man in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet hatte. Einige Kollegen äußerten sich dahin, daß sie wohl mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden wären, daß sie aber die gegenwärtige Gehaltserhöhung der Beamten im Gegensatz zur Verminderung der Mitglieder-Rechte für zu hoch befänden, worauf die Delegierten den Punkt in ausführlicher und zufriedenstellender Weise beantworteten. Die Mitglieder, so weit sie erschienen waren, waren schließlich von der Notwendigkeit der Reformen überzeugt, bis zu dem Beschluß, wonach schon von 18 Mk. Wochenverdienst an 60 Pfg. Wochenbeitrag geleistet werden soll, gegen welchen auch von allen auf das lebhafteste protestiert wurde. — Es folgte sodann eine Besprechung über den Arbeitsnachweis. Der Vorsitzende erklärte, daß man nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschluß kam, den Arbeitsnachweis so wie bis jetzt weiter zu führen und ersuchte die Mitglieder bei eventuellen Fällen, wo die Verwaltung entsprechende Maßnahmen ergreift, selbige nicht wieder illusorisch zu machen, da, wenn die betreffenden Bestimmungen einmal angenommen sind, selbige auch respektiert werden müßten. Nachdem man noch verschiedene uneingelöste Versprechen einer hiesigen Fabrikleitung kritisiert und verschiedene interne Angelegenheiten besprochen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung um 1/2 12 Uhr.

m. Farge. In der am 18. Juli abgehaltenen und gut besuchten Zahlstellenversammlung erstattete Kollege Kimmig den Bericht von der Generalversammlung. Kollege Kimmig gab uns so recht einen Einblick in die Verhandlungen und wie die verschiedenen unglücklichen Beschlüsse zustande gekommen sind. Mit der Tätigkeit unseres Delegierten konnten wir uns wohl einverstanden erklären, aber nicht mit den Resultaten. Die Debatte, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, war eine bittere und oft sehr erregte, besonders scharf wurde getadelt, daß den Mitgliedern benommen ist, gegen die Beschlüsse der Generalversammlung Mitgliederabstimmungen zu veranlassen. Wir möchten die Kollegen kennen, welche die Stirn hatten, derartige Anträge zu unterstützen, aber leider! Dann wurde noch besonders scharf die Festsetzung der Beitragsstufen besprochen. Wenn auch eine Erhöhung der Beiträge stattfinden mußte, so doch nicht in dem Maße, um dann von diesen Mehrgroschen die Gehälter der Beamten zu erhöhen. Es ist einfach eine Brutalität, ein jedem recht denkenden Proletarier nicht einleuchtender Beschluß. Ferner wurde noch getadelt, daß statt 10 Zahlstellen jetzt nur noch 20 eine Mitgliederabstimmung beantragen können und daß auch die Kosten nicht gescheut wurden, 5 Vertreter zum Gewerkschaftskongreß zu schicken. Ferner die angewandte Taktik des Vorsitzenden Wollmann bei verschiedenen Abstimmungen. Das Ergebnis der Erbitterung war die Annahme folgender Resolution: „Die am Sonnabend, den 18. Juli, abgehaltene gut besuchte Zahlstellenversammlung, in der Kollege Kimmig-Begefac den Bericht der Generalversammlung erstattete, protestiert mit Entrüstung gegen verschiedene Beschlüsse der letzten Generalversammlung. Sie stellt derselben ein Mißtrauensvotum aus, insbesondere über folgende Beschlüsse: 1. Daß es den Mitgliedern benommen ist, gegen unglückliche Beschlüsse der Generalversammlung eine Mitgliederabstimmung zu veranlassen. 2. Daß mit 18 Mk. Wochenverdienst schon 60 Pfg. Beitrag bezahlt werden sollen, der niedrigste Verdienst muß mindestens 24 Mk. betragen. 3. Die Beamtengehälter in der vorgeschriebenen Weise und zu solch ungünstiger Zeit zu erhöhen. Die Versammlung ist der festen

Ueberzeugung, daß nach derartigen Beschlüssen unsere Agitation hier am Orte lahm gelegt ist." Die anderen Punkte der Tagesordnung, Kassen- und der Kartellbericht, waren schnell erledigt, nachdem unter Verschiedenes noch einige kleine Sachen erledigt wurden, wurde die Versammlung geschlossen in dem Bewußtsein, daß in Punkte Generalversammlung das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

m. Grünstadt. In der am 12. Juli abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erstattete Genosse Faas aus Forzheim einen Bericht über die Beratungen der Generalversammlung. In 1 3/4 stündigen Ausführungen verstand es der Redner, den Anwesenden klar zu legen, in welcher Situation der Verband steht und mit welcher großen Schwierigkeiten in finanzieller Hinsicht der Verband zu kämpfen hat, deshalb auch die Erhöhung der Beiträge. Die Versammlung erklärte sich mit all den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden, indem es eben nach den Ausführungen des Genossen Faas nicht anders zu machen ist. Es wurde noch einstimmig eine Resolution angenommen, wobei sich die Zahlstelle Grünstadt entschieden verwahrt gegen die Angriffe, die jetzt in der Amesse über die Beschlüsse der Generalversammlung gemacht werden. Daß bei den jetzigen Kassenverhältnissen ein jeder Delegierter seine Anträge nicht durchsetzen kann, ist selbstverständlich. Und deshalb sollen auch die Vertreter, die jetzt in den Zahlstellen über die Generalversammlungsbeschlüsse referieren, nicht die Mitglieder dagegen aufheizen, sondern durch klaren Sachverhalt zu beruhigen suchen, was nur zum Nutzen der Organisation beitragen kann. Das jetzige Vorgehen aber ist nur dem Unternehmertum ein Willkomm. So sehen sie es gerne, wenn in Mitgliederkreisen die Uneinigkeit und Unzufriedenheit im Verbands ihnen vor Augen geführt werden. Wir rufen den Mitgliedern, die nicht mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden sind, zu, laßt ab von Euren Gedanken und geht umso eifriger dran zur Agitation, um Mitglieder zu gewinnen und die Verbandskasse zu stärken, damit wir immer mehr kampffähiger werden.

1. Magdeburg. In der am 11. Juli stattgefundenen mäßig besuchten Versammlung beschäftigte man sich hauptsächlich mit den Beschlüssen der letzten Generalversammlung. Alle Redner waren sich darin einig, daß viele Beschlüsse als verfehlt zu bezeichnen sind. Besonders die beiden Beschlüsse betreffs Mitgliederabstimmungen riefen große Mißstimmung hervor. Weiter wurde kritisiert, daß die Delegierten zum Gewerkschaftskongreß noch immer indirekt gewählt werden, trotzdem wir, besonders jetzt, zur Zeit der Wahlrechtskämpfe täglich betonen, daß wir Gegner jeder indirekten Wahl sind. Daß der Vorsitzende als Erster an den Unterrichtskursen der Generalkommission teilnehmen soll, wurde ebenfalls nicht gut geheißen. Auch die Erhöhung der Beiträge wird uns nicht den gewünschten Erfolg bringen. Hätten die Mitglieder den Vorstandsantrag eher zu Gesicht bekommen, dann wäre jedenfalls etwas Ersprießlicheres zustande gekommen. Bedauert wurde noch, daß gerade Genosse Wollmann als Leiter der Generalversammlung gewählt wurde. Es ist dies umso mehr zu verwundern, da doch die große Mehrheit der Delegierten aus scharfen Kritikern des Vorstandes bestand. Ein Vorsitzender hat es immer in der Hand, die Versammlung zu beeinflussen. Ferner wurde gewünscht, daß Berichte über Generalversammlungen anderer Verbände etwas ausführlicher in der Amesse veröffentlicht würden. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung einen Vortrag halten zu lassen, über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise.“ Beschllossen wird ferner auch, je ein Exemplar des christlichen „Keramarbeiter“ sowie des österreichischen „Porzellanarbeiter“ zu abonnieren.

n. Pottchappel. Am 18. Juli hielten die Kollegen eine Versammlung ab. Zu Beginn derselben gedachten die Anwesenden zunächst des verstorbenen Kollegen Erich Schmidt, dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Naturheillehrer Wolf sprach sodann über das Thema: „Die Berufskrankheiten der Porzellanarbeiter“, ein lehrreicher und in jeder Beziehung verständlicher Vortrag. Am Schlusse desselben ermahnte Redner alle Kollegen sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren, damit die überwiegende Mehrheit in einem einzigen Ganzen ganz energisch Protest erhebt gegen die großkapitalistische Ausbeutung der Arbeiter. Der Keim der Krankheiten wird meistens schon übertragen von den Eltern auf die Kinder und das hauptsächlichste Uebel aller Krankheiten ist die Unterernährung, die durch die niedrige Bezahlung der Arbeit herbei geführt wird. Lebhaften Beifall erntete der Redner nach seinem 1 1/2 stündigen Vortrage und aus der folgenden Debatte konnte man ersehen, daß alle Anwesenden der leider nicht sehr stark besuchten Versammlung, diesem lehrreichen Vortrag mit größter Aufmerksamkeit gefolgt waren.

p. Roslau. In der Zahlstellenversammlung vom 4. Juli gab unser Delegierter, Genosse Schaper-Wittenberg, den Bericht von der Generalversammlung. Der Besuch der Versammlung war, der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, ein schlechter zu nennen. Wenn auch als Entschuldigungsgrund angenommen werden könnte, daß ein Theaterabend vom Parteiverein und Gewerkschaftskartell arrangiert war, so war der Besuch der Versammlung doch wichtiger, zumal über wichtige Beschlüsse diskutiert werden sollte. Es erregte daher allgemeines Erstaunen, als von einem Genossen aufgefordert wurde, den Bericht des Delegierten sich mit anzuhören und dann in der nächsten Versammlung erst zu diskutieren, um so noch die Möglichkeit zu haben, das Theater zu besuchen. Jedenfalls ist es richtiger, im Beisein des Delegierten zu diskutieren, damit vorhandene Mißverständnisse sofort richtig gestellt werden können. Die Kollegen mögen das beherzigen und ihre Versammlung besser besuchen, denn auch sie haben alle Ursache, auf dem Posten zu sein. Der Bericht, den Genosse Schaper gab, war ausführlich genug, um sich ein Bild zu machen von der letzten Generalversammlung. Die Diskussion, die sich daran schloß, war lebhaft aber sachlich. Um der großen Fluktuation im Verband entgegen zu wirken, wurde darauf hingewiesen, daß es sich empfohlen hätte, den Antrag Magdeburg-Neustadt: Gründung einer Sterbekasse, anzunehmen. Wenn dann die moderne Arbeiterbewegung dazu überginge, sich die Volksversicherungen, Feuerversicherungen usw. anzueignen — denn Mittel und Wege ließen sich schon dazu finden —, dann wäre ein Schritt getan, um die große Fluktuation in den gesamten Gewerkschaften um ein beträchtliches zu vermindern. Es wäre auch gleich die Möglichkeit gegeben, hervorragend tätige Genossen, welche wegen ihrer Tätigkeit gemäßigelt werden, wenn sie die Fähigkeiten besitzen, Stellung zu ver-

schaffen. Am meisten bedauert wurde es, daß der Vorstandsbericht und die Verschmelzungsfrage so lange Zeit in Anspruch genommen hatten und nachher zu den Anträgen überhaupt keine Zeit mehr übrig war, sondern alles übers Knie gebrochen wurde. Wäre der Bericht des Vorstandes vor der Generalversammlung in den Händen der Mitglieder, wie der Antrag Roslau wollte, so würden wahrscheinlich andere Anträge an die Generalversammlung gelangen und es wäre mehr Zeit gewonnen, selbige zu beraten. Durch sämtliche Anträge geht wie ein roter Faden, mehr Rechte der Mitglieder. Und was ist herausgekommen? Weniger Rechte und mehr Pflichten! Denn wenn die Rechte der Mitglieder so beschnitten werden, daß in Zukunft 20 Zahlstellen erst das Recht haben, eine Mitgliederabstimmung zu beantragen, so ist überhaupt das Recht einer Mitgliederabstimmung illusorisch gemacht. Aber nicht der Vorstand ist hier der allein Schuldige, sondern die Delegierten, die dem zugestimmt haben. Wenn der Vorstand solche Anträge stellt, so haben dem die Delegierten die nötige Energie entgegen zu setzen, damit solche Anträge nicht zur Annahme kommen. Wie sieht es nun aus mit der Erhöhung der Beiträge? Hier sind die Delegierten über den Antrag des Vorstandes hinaus gegangen. Denn der Vorstand wollte bei einer Zusammenlegung der Beiträge von Verbands- und Zuschußklasse über 22 Mk. Verdienst 90 Pfa. Beitrag in der höchsten Stufe, und die Delegierten haben, ohne die Zusammenlegung, von 18 Mark Verdienst, 1 Mk. Beitrag angenommen. Das läßt sich wohl schwer rechtfertigen. Aber es kommt davon, wenn in der letzten Minute über solche wichtige Fragen Beschluß gefaßt werden soll, dann läßt sich nichts mehr beraten; denn was zu viel ist, ist zu viel, zumal in der Zeit der Krise. Wir wünschen, daß die Delegierten, die dafür gestimmt haben, in Zukunft 18 Mk. verdienen und dann 1 Mk. Beitrag zu zahlen haben. Die Verwaltungen, hauptsächlich die Kassierer, werden wohl ihre Arbeit haben, um die Mitglieder durch solche Beschlüsse zu halten. Verkehrt würde es jedoch sein, darum dem Verbands den Rücken zu kehren, dem man weiß nicht, was passieren kann. Vorläufig müssen wir uns fügen und darauf hinarbeiten, daß es in Zukunft anders wird. Ob der Vorstand nun mehr Geld in die Kasse bekommt, ist eine Frage der Zeit, denn jedenfalls werden freiwillige Gelder nun sehr spärlich fließen. Auch die durchreisenden Kollegen, welche auf reinen Unterstüßung angewiesen sind und kein Recht auf den 12 pSt.-Fonds haben, werden die Beschlüsse der Generalversammlung verspüren und von den Mitgliedern noch sehr wenig freiwillige Unterstüßung bekommen. Es wäre daher angebracht, wenn sämtliche Zahlstellen sich mal dazu äußern würden, ob nicht zu beantragen wäre, den 12 pSt.-Fonds zu erschließen für alle durchreisenden Kollegen, denn den Kassierern macht es keinen Spaß, durchreisende Kollegen ohne einen Pfennig wieder weg zu schicken. Eigentümlich macht es an, daß bei der Verschmelzungsfrage darauf verwiesen wurde, daß die Mitglieder ihre Unterstüßungsfrage erniedrigen, aber ihre Beiträge erhöhen müssen, um überhaupt eine Verschmelzung zustande zu bringen. Von dem Mitglied wird immer nur Idealismus verlangt, aber von dem Vorstand nicht. Es wäre ganz gut, wenn der Vorstand mal mit gutem Beispiel voran ginge und die Erhöhung der Gehälter aufgehoben hätte, bis günstigere Kassenverhältnisse Platz gegriffen hätten, denn es ist sehr schwer zu rechtfertigen, den Mitgliedern die Beiträge zu erhöhen und sich die Gehälter. Eine Gleichsetzung zur Agitation ist es wahrlich nicht. Der Delegierte weiß noch in auf den Gewerkschaftskongreß, wo der Vorstand betreffs Grenzstreitigkeiten, mal eine Kopfschüttel nehmen wollte, aber als er da war, sich in Stillschweigen gehüllt hat. Mit einem Appell an die Kollegen, die Beschlüsse der Generalversammlung, trotz der schlechten Stimmung, zu respektieren, wurde die Versammlung geschlossen.

v. s. Stadtilm. Am 16. Juli sprach Kollege Zietisch-Charlottenburg hier über die Krise und die allgemeine Lage der Arbeiterschaft. Der Besuch hätte besser sein können. Genossen Zietisch gelang es, durch seine Ausführungen die Versammlung zu fesseln. Der Vortrag war außerordentlich instruktiv für die Leiter der gewerkschaftlichen, sowie politischen Bewegung am Orte. In treffender Weise zeigte er die Ursachen der Krise und kennzeichnete die wahnsinnige Produktionsweise des Unternehmertums. Aber er zeigte auch den Weg, den die Arbeiter gehen müssen, wenn sie ihre Interessen wahren wollen: Zusammenschluß in den Organisationen. Den Ausführungen wurde reichlich Beifall zuteil.

Adressen-Veränderungen

- Elmshorn.** Rff. Adam Klemens, Dh., Markt Nr. 16.
Hamburg. Joseph Janota, Altona, Friedrichstr. 55a 2 Tr.
Höhr. Rff. Franz Meisel, Dh., Emserstr. 8 — Schf. Peter Lein-decker, Dh.
Meißen. Wf. Richard Thieme, Arbeitersekretär, Poststr. 13, No. Mag. Imhof, Wil., Hirschbergstr. 24.
Pöppneck. Rff. Gustav Lindau, Ml., Schleißerstr. 9 — Schf. Paul Göke, Schmelzer, Turmstr. 32.
Schorndorf. Wf. Joseph Hölperl, Schleifer, Sonnenscheinstr. 21, Birm. Benno Krämer, Dreher, Schillerstr. 74.
Spechtbrunn bei Hasenthal S.-M. Wf. Aug. Eschrich, Formgleber, Nr. 78b, Schf. Aug. Gramß, Gr., Nr. 103, Rff. Hugo Eschrich, Gr., Nr. 72, Kv. Herm. Hählein.
Teltow. Wf. Gustav Kaiser, Potsdamerstr. Jägerheim, Schf. P. Gaubner, Potsdamerstr. 42, beide Dreher.
Untermbaus. Schf. Richard Schmidt, Gr., Hinrichsstr. 2, 2 Tr.

Versammlungs-Anzeigen

- Arzberg.** Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Ww. Hollerung.
Berlin. Sonnabend, 1. August, 8 1/2 Uhr, Schildermaler, Seidelstr. 30, bei Engel. — Montag, 3. August, 9 Uhr, Plafatmaler, Brunnenstraße 8. — Sonnabend, 8. August, 8 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Bureau.
Charlottenburg. Sonnabend, 8. August, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Erfurt. Sonnabend, 1. August, 1/2 9 Uhr, im Lwoli, Magdeburgerstr. 51. Quartalsabschluss.

Frankfurt a. M. Sonnabend, 15. August, bei G. Gittfried, Sachsenhausen, Große Rittergasse.

Gehren. Sonnabend, 8. August, 8 1/2 Uhr, im Schwarzbürger Hof Jesuborn.

Goldlauter. Sonntag, 9. August, nachmittags 3 Uhr, bei Gebhardt Heim.

Hamburg. Dienstag, 4. August, 9 Uhr, bei D. Lange, Bartelsstr. 5. Vortrag des Kollegen Zandt.

Kahla. Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, im „Thüringer Hof“ Löblich.

Köppelsdorf. Montag, 3. August, 6 Uhr, bei Ed. Brehm.

Magdeburg-Neustadt. Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Paul Klister, Fabrikenstr. 5/6. Vortrag. Alle Bibliothekbücher mitbringen.

Markt-Redwitz. Freitag, 7. August.

Meißen. Sonnabend, 2. August, im Lämmerhaus.

München. Sonnabend, 1. August, 8 Uhr, Restaurant zur Klinik.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 8. August, 8 1/2 Uhr, bei Herzog. Beschlußfassung über den Antrag Spandau.

Neustadt b. Coburg. Sonnabend, 1. August, abends 8 1/2 Uhr, Gasthof zur goldenen Traube. Bericht von der Generalversammlung durch Kollegen K r s c h n e r-Coburg.

Otterode. Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, im Schützenhaus.

Pankow. Freitag, 31. Juli, 7 1/2 Uhr, bei Pieper, Kaiser Friedrichstraße 72.

Penzig. Sonntag, 2. August, nachmittags 4 Uhr, im Thüringer Hof.

Schleusingen. Dienstag, 4. August, 8 1/2 Uhr, im Gasthof zur Krone.

Spandau. Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Lumma, Weißenburgerstraße 24.

Stadtlengsfeld. Sonnabend, 1. August, 1/2 9 Uhr, auf der Stützenburg.

Suhl. Sonntag, 2. August, nachmittags 3 Uhr, bei Abrechts in Hilsenberg.

Untermhaus. Sonnabend, 1. August, 8 Uhr, in der Bockschänke.

Weißwaller. Sonnabend, 8. August, 8 Uhr, bei Kretschmer, „Café Zentral“.

Anzeigen

Leipzig. Am Sonntag, den 9. August, findet der geplante Ausflug nach Golbzig statt. Abfahrt 7 1/2 Uhr vom Dresdner Bahnhof. Anmeldungen sind bis zum 1. August bei der Kommission im Volkshaus zu bewirken.

Nürnberg. Sonntag, 9. August, Ausflug der Zahlstelle mit den ambergener Kollegen. Treffpunkt Hauptbahnhof 6 1/2 Uhr. Abfahrt 6 55 Uhr.

Stiftungsfest! Die Zahlstelle **Markt-Redwitz** feiert am 23. August ihr 10 jähriges Stiftungsfest, wozu die umliegenden Zahlstellen freundlichst willkommen sind. Programm nachmittags 2 Uhr ab: Konzert, Gesangsvorträge im Glasischen Garten. Abends Ball im Hotel Kaiserhof.

Fürstenberg (Weler). Das Vereinslokal der Kollegen befindet sich bei Herrn Karl Böcker.

Elmshorn. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß ich die Wochenbeiträge jeden Sonnabend von 5-7 1/2 Uhr bei Gastwirt Claus Maas entgegen nehme. Sonstige Kassenangelegenheiten erledige ich jeden Abend von 6 1/2-8 Uhr in meiner Wohnung Am Markt Nr. 16. Der Kassierer Adam Klemenz.

Staffel. Die Zahlstelle Staffel fordert folgende Mitglieder auf, die von hier entliehenen Bibliothekbücher innerhalb 14 Tagen abzuliefern. Mitglied 9359 N. Eberling, 4288 N. Wöller, 4293 N. Dymak, 17 714 B. Wojak und 4011 Tisch Peter.

Staffel. Den hiesigen Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Einkassieren der Beiträge jeden Sonnabend von 6-8 in meiner Wohnung und in der Monatsversammlung stattfindet. Der Kassierer.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

Berlin. Wir machen darauf aufmerksam, daß zur Zeit die Arbeitslosigkeit hier am Ort stark in Erscheinung tritt, und wolle man deshalb sich stets nur an den Arbeitsnachweis, Berlin SO 26, Raunigstr. 84I wenden.

Elmshorn. Kollegen, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden dringend ersucht, sich zuvor über die hiesigen Verhältnisse bei der örtlichen Verwaltung zu erkundigen.

Elsterwerda. Kollegen, welche gewillt sind, hier in Stellung zu treten, werden im eigenen Interesse ersucht, sich zuvor über die hiesigen Verhältnisse bei der Verwaltung zu erkundigen.

Unterglasurmaler in Handmalerei, Schablonarbeiten sowie im Zeichnen gut geübt, sucht sofort Stellung. Offerten unter **F.** erbeten.

Maler der Emailleschilderbranche sucht passende Stelle als erste Kraft für ein neu gegründetes Geschäft. Auch hätte derselbe die Fähigkeit das Emaillieren zu leiten nach nur dem Fortschritt angepassten Erfahrungen. Offerten unter **H. K.** an die „Ameise“.

Maler, bis jetzt auf Ofenschirme und Kohlenkasten tätig, möchte sich als Schriftmaler ausbilden und wünscht deshalb als Volontär Engagement. Offerten unt. **B. S.** an die Expedition der Ameise.

Maler, der etwas Schrift kann, wünscht sich sofort zu verändern, am liebsten auf Herde, oder kleine Schildermaleret. Offerten unter **H. B. 999** an die Expedition dieses Blattes.

Ehemaliger Modell-Abgießer und Einrichter, welcher infolge eines Unglücksfalles nicht mehr als solcher arbeiten kann, sucht Stelluna als Portier, Kontorbote oder ähnlichen Posten. Gefl. Offerten bitte zu richten an **S. Eisner, Croischwitz** bei Schweidnitz (Schlesien).

Schildermaler sofort gegen hohen Lohn gesucht. **W. Berger** Schildermaleret, Duisburg-Ruhrort.

Schriftmaler auf Apothekergefäße sofort gesucht. Hohen Wochenlohn. Näheres durch **S. Koch, Cannstatt, Hofenerstr. 68.**

Emailleur, im Aufleben von Grund und Emaille, sowie im Brennen aller Schilderarten vollständig vertraut, gute Rezepte zur Hand, sucht sich zu verändern. Offerten unter **B. P. 5** an die Expedition.

Emaillemaler, unverheiratet, tüchtig im Kolorieren von Landschaften, Blumen, Rand und Staffage sofort gesucht. Gefl. Offerten an **Chr. Mangen, Schramberg** in Württemberg. Gauffstr. 56 erbeten.

Brenner auf Emailleschilder, der mit allen Verhältnissen des Emaillierens vertraut ist und etwas Kenntnisse in der Blechnerei besitzt, findet sofort dauernde gut bezahlte Stelle. Offerten unter **M. N.** an die Redaktion der Ameise erbeten.

Verheirateter Maler, mit allen vorkommenden Arbeiten in der Galanteriewarenbranche vertraut, spez. Ansichten auf Glas und Holzrindenbilder, sucht baldigst Stellung. Gefl. Offerten unter **S. G. 2.** an die „Ameise“.

Kapseldreher, tüchtig in allen vorkommenden Arbeiten sucht dauernde Stellung. Offerten unter **D. R. 1002** an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Beilzettel 80 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
---	---------------------------	-------------------------------

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-N., Gneisenaustr. 6.**

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art.**

Goldschmiere und alle goldhaltigen Sachen. Machen Sie einen Versuch und senden Sie Ihre Goldschmiere usm., andere Sachen an **Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa.** Grunmischauerstr. 13. Höchste Preise. Schnelle Bedienung.

Goldschmiere und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweihstr. 32.**

Goldschmiere, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.**

An die Einzelbezieher der Ameise.

Unseren Mitgliedern, denen die „Ameise“ offen (ohne Kreuzbandstreifen) durch die Post zugestellt wird, diene nochmals zur Kenntnis. Jede Beschwerde wegen unpünktlichen Eintreffens des Blattes ist in erster Linie an den betreffenden Briefträger oder an den Schalterbeamten des zuständigen Postamts am Orte zu richten. Die Expedition kann gegen das Ausbleiben der durch die Post zustellbaren Blätter nichts tun.

Bei einem Wohnungswechsel am Orte wollen die Einzelbezieher der Ameise die neue Wohnung sofort dem Postboten mitteilen, damit das Blatt an die neue Adresse gelangen kann.

Bei einem Wegzug vom Orte wollen die betreffenden Kollegen ebenfalls das Blatt sofort bei dem Briefträger abbestellen und ferner ihre neue Adresse möglichst bald an Gen. Karl Munk, Charlottenburg, Rosinen-Strasse 3, einsenden.

Expedition der „Ameise.“

Herausgeg. v. Verbände d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Red. u. Verlag: Fritz Zietz, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.